

# Wie Solaranlagen durchgeboxt werden

**Parlamentsentscheide** Die Lex Bodenmann soll den Bau grosser Anlagen in Rekordzeit ermöglichen. Bürger gehen nun juristisch dagegen vor. Das obligatorische Referendum werde so unterdrückt, behaupten sie. Mit dieser Einschätzung sind sie nicht allein.

**Stefan Häne**

War es das mit der Demokratie? Die Frage klingt ernst. Und ernst ist es auch jenem, der sie stellt: Elias Vogt-Meier aus Grenchen. Zusammen mit weiteren Stimmbürgern aus dem Kanton Solothurn hat der Windkraftkritiker beim Bundesgericht eine Stimmrechtsbeschwerde eingereicht. «Soweit uns bekannt ist, hat das Parlament erstmals in der Geschichte des Schweizer Bundesstaats das obligatorische Referendum unterdrückt», sagt Vogt-Meier.

Auslöser der Beschwerde ist die Lex Bodenmann, mit der das Parlament den Bau grosser Solaranlagen in den Alpen bis Ende 2025 ermöglichen will. Das Gesetz entstand im Eiltempo binnen weniger Wochen, zentrale Elemente wurden erst kurz vor Schluss der Beratung in der Herbstsession und ohne Vernehmlassung hinzugefügt, so die Erhöhung der Grimselstaumauer, die nun ebenfalls bis Ende 2025 Realität sein soll.

Für Vogt-Meier und seine Mitstreiter ist klar: Das Gesetz verletzt die Bundesverfassung inhaltlich gleich mehrfach. So etwa stellt es die Ausbauprojekte allen anderen Interessen voran, etwa jenen des Natur- und Heimatschutzes. Indes, die Bundesverfassung verlangt bei Landschaftsschutzobjekten von nationaler Bedeutung die «ungeschmälerte Erhaltung» oder jedenfalls die «grösstmögliche Schonung». Das Parlament, so die Kritik, könne daher nicht einfach ein Anliegen als generell übergeordnet bezeichnen.

**«Präzedenzloses Vorgehen»**

Die Beschwerdeführer argumentieren, das Parlament hätte das für dringlich erklärte Gesetz dem obligatorischen Referendum unterstellen müssen, da es die Verfassung verletze. Die Vorlage käme so automatisch an die Urne und bräuchte dort – wie eine Volksinitiative – eine Mehrheit bei Volk und Ständen. Das Parlament aber hat nur die Option eines fakultativen Referendums geschaffen. Das heisst: Es bräuchte nun 50'000 gültige Unterschriften und damit den Effekt von Interessengruppen, damit es zu einer Volksabstimmung käme (wonach es derzeit nicht aussieht). In diesem Fall benötigte die Vorlage nur noch die Zustimmung des Volks.

Die Lex Bodenmann gibt auch unter Rechtsexperten zu reden. Zu den schärfsten Kritikern zählt Alain Griffel. «Das präzedenzlose Vorgehen wird zu einem Präzedenzfall für künftiges Verhalten des Parlaments», befürchtet der Professor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Zürich. «Ich denke, dass gewisse Drahtzieher dieses Expressgesetzes genau das beabsichtigt haben.» Wen genau er damit meint, lässt Griffel offen. Federführend waren die beiden Ständeräte Ruedi Noser (FDP) und Beat Rieder (Die Mitte).

Erste Anzeichen in diese Richtung gibt es jedenfalls. So wollen die Umweltpolitiker des Nationalrats den politischen Coup bei der Windenergie in ähnlicher Art



Solarpanels an Lawinverbauungen in Bellwald VS. Weitere Anlagen sollen folgen – und zwar schnell. Foto: Jean-Christophe Bott (Keystone)

wiederholen. Die Einsprachemöglichkeiten gegen Windenergieanlagen sollen gestutzt werden. Für Windenergieanlagen von nationalem Interesse soll gelten, dass rechtskräftige Nutzungspläne als Baubewilligungen gelten, sofern eine «umfassende Interessenabwägung» stattgefunden hat – gegen die Realisierung sollen auch keine Rechtsmittel mehr zur Verfügung stehen.

Die Schwesterkommission des Ständerats hat letzte Woche den Vorstoss einstimmig unterstützt. Und als ob sie ahnen würde, welche Dynamik dieses Geschäft im Parlament entfalten könnte, betonte sie in ihrer Mitteilung, es sei bei den neuen gesetzlichen Bestimmungen, die nun nötig würden, «die Vereinbarkeit mit der Schweizer Rechtsordnung sorgfältig zu prüfen».

**Überraschende Einschätzung**

Dieselbe Kommission hat letzte Woche ein weiteres Anliegen gutgeheissen, das einen verfassungsrechtlichen Disput provozieren könnte. Konkret geht es um jene Schutzgebiete, die heute der Bundesrat in Inventaren festlegt. Nun soll neu das Parlament über jedes einzelne davon selber befinden. Verweigert es den Schutzstatus im Einzelfall, soll in der betreffenden Zone das nationale Interesse am Ausbau der erneuerbaren Energie dem ebenfalls nationalen Interesse des Natur- und Heimatschutzes vorangehen, ohne Wenn und Aber.

Umstritten ist die Lex Bodenmann nicht zuletzt, weil das Bundesamt für Justiz (BJ) ihre erste Fassung als nicht vereinbar mit der Verfassung bezeichnet hatte. Mittlerweile kommen die Bundesjuristen zu einem anderen Schluss, wie eine Nachfrage dieser Redaktion zeigt: Jene Version, die das Parlament am Ende der Herbstsession verabschiedet hat, halten sie «verfassungsrechtlich für vertretbar». Dies, weil das Parlament während der Beratungen wichtige Anliegen der Bundesjuristen aufgenommen habe.

Das BJ zählt auf: Es brauche nun doch eine Umweltverträglichkeitsprüfung für die Ausbauprojekte, erweitert habe das Parlament auch den Katalog von geschützten Objekten, bei denen der Bau einer Solaranlage aus Natur- und Heimatschutzgründen vollständig ausgeschlossen sei. Zudem gehe das Interesse an der Realisierung solcher Anlagen anderen Interessen nur noch «grundsätzlich» voran. Eine Interessenabwägung sei also «nicht mehr gänzlich ausgeschlossen».

Rechtsexperte Griffel zeigt sich von der neuen Einschätzung nicht überrascht. «Sinngemäss umformuliert sagt das BJ damit: Das Parlament hat 80 Prozent der verfassungsrechtlichen problematischen Punkte eliminiert, deshalb gibt es im Gegenzug grünes Licht und drückt beide Augen ein bisschen zu.» Dabei enthalte das Gesetz nach wie vor offensichtliche Verfassungsverletzungen,



## «Werden künftig dringliche Gesetze auch für neue Autobahnen oder AKW erlassen?»

**Elias Vogt-Meier**  
Präsident des Verbands  
Freie Landschaft Schweiz

sagt Griffel, etwa Eingriffe in die kantonalen Kompetenzen. Ein weiteres Beispiel: Das Gesetz regelt mit der Erhöhung der Grimselstaumauer einen Einzelfall und verletzt laut Griffel damit den Verfassungsgrundsatz der Gewaltenteilung. Es sei Sache der Behörden und Gerichte, die Bewilligungsverfahren für ein solches Projekt durchzuführen respektive die Bewilligungsfähigkeit zu beurteilen.

So klar das Parlament dem Gesetz zugestimmt hat: Ganz wohl scheint es so manchem Politiker nicht zu sein. Kurt Fluri, FDP-Nationalrat und Präsident der Stiftung Landschaftsschutz, ortet eine Tendenz zur Politik via Notrecht. Die «Instant-Gesetzgebung» sei «schludrig», resümierte er unlängst in einem NZZ-Gastbeitrag. Und brachte eine alte Idee neu ein: die Schaffung eines Verfassungsgerichts. Wenn das Parlament, so Fluri, willkürlich und unter Ausnützung eines günstigen Momentums die Verfassung sowie staatsrechtliche Einsprüche wie etwa jene von Alain Griffel einfach übergehe, werde diese «Notwendigkeit nicht länger zu bestreiten sein».

Doch just dagegen wehrt sich das Parlament. In der Herbstsession hat der Ständerat zwei Motionen abgelehnt, welche die Einführung der Verfassungsgerichtsbarkeit in Bezug auf Bundesgesetze und allgemeine Bundesbeschlüsse verlangt haben, was heute ausgeschlossen ist.

So bleibt den Gegnern der Lex Bodenmann wohl nur die Hoffnung, dass das Bundesgericht Klarheit schafft. Elias Vogt-Meier befürchtet, dass sonst demokratische Mitwirkungsrechte systematisch unter Druck kommen könnten: «Werden künftig dringliche Gesetze auch für neue Autobahnen oder Atomkraftwerke erlassen – oder für die Aussetzung von Wahlen, wenn das Parlament den Zeitpunkt für diese als ungünstig beurteilt?»

**Beschwerde wirkungslos?**

Vom Bundesgericht sind jedoch kaum klärende Worte zu erwarten. Das Gesetz sieht jedenfalls keine Möglichkeit vor, Beschlüsse des Parlaments anzufechten. Eine Stimmrechtsbeschwerde ist nur im Rahmen von Wahlen und Volksabstimmungen möglich, wie das Bundesamt für Justiz festhält.

Zwar gibt es laut Rechtsexperte Griffel zwei Präzedenzfälle, in denen das Bundesgericht auf Stimmrechtsbeschwerden gegen Abstimmungsinformationen des Bundesrats eingetreten ist, ob schon das im Gesetz nicht vorgesehen ist: bei der Unternehmenssteuerreform II und der CVP-Initiative gegen die Heiratsstrafe. Doch Beschlüsse des Parlaments seien ein anderes Kaliber, so Griffel. «Da wird sich das Bundesgericht wohl kaum trauen, auf diese Weise einzugreifen.» Nicht zuletzt, weil das Parlament das Wahlorgan der Bundesrichterinnen und Bundesrichter sei.